

KURZ ERKLÄRT ZUR ABLEHNUNG NEUER REKORDSCHULDEN

Die Bundestagswahl ist keine zwei Wochen her und die Union plant bereits die größte Schuldenexplosion in der Geschichte der Bundesrepublik. Gemeinsam mit der SPD hat sie sich darauf verständigt, zwei neue Schuldentöpfe in historischer Größenordnung zu schaffen – ein Topf für Verteidigung, ein Topf für „Alles Mögliche“.

Wir Freie Demokraten lehnen die von Merz und seiner neuen Koalition geplante Schuldenexplosion ab.

- Mit dem geplanten gigantischen Schuldenpaket wollen die Fraktionen von Union und SPD sich jetzt noch schnell mit den alten Mehrheiten einen Blankoscheck dafür sichern, dass sie in ihrer Regierungszeit jedes Problem in Deutschland mit Schulden zuschütten können – anstatt sie zu lösen. Reformen bleiben aus. Das ist die Methode Merkel. Diese Schuldenpolitik ist verantwortungslos und treibt die Inflation in die Höhe! Es ist klar, dass wir uns daran nicht beteiligen.
- Jede Woche erreichen uns Hiobsbotschaften über **Gewinneinbrüche** und **Stellenabbau** in der Wirtschaft. Deutschland braucht dringend grundlegende Reformen. Das Schuldenpaket verschafft Union und SPD nun wieder so viel Spielraum im Haushalt, dass es scheint, man könne sich vor Reformen drücken – auf Kosten der Wirtschaft und der kommenden Generationen.
- Für **unsere Kinder und Enkel** würden die zusätzlichen Schulden **immense Belastungen** Jeder Euro für Zins und Tilgung wird für unsere Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung fehlen. Wird der Schuldenberg zu hoch, drohen unweigerlich die Steuererhöhungen.
- Die zusätzlichen Schulden würden **keineswegs automatisch zusätzliche Investitionen** Bisherige Ausgaben im Kernhaushalt könnten beliebig in den Schuldentopf verschoben werden, um milliarden schwere Spielräume zu schaffen, also mehr Spielgeld für linke Politik.
- Solange der Staat Steuergeld für unsinnige Projekte verschwendet, sind immer neue Schulden falsch. Sie **mildern** jeden **Druck** zur **Prioritätensetzung** und Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates. Dabei wäre das der richtige Weg zu mehr Investitionen – und er wäre möglich.
- Deutschlands Staatsfinanzen müssen stabil bleiben, um eine **neue Schuldenkrise in Europa** zu **verhindern**. Bisher ist Deutschland der Stabilitätsanker in Europa. Wenn Deutschland die Schuldenregeln nicht einhält, brechen in Europa alle Dämme. Eine neue Schuldenkrise wäre eine Katastrophe für unser Land. Wir haben uns daher für strenge Regeln in Europa eingesetzt. Wenn wir uns nicht selbst an diese Regeln halten, macht es niemand. Das wäre der Weg in die Schuldenunion.

Ja zur Stärkung der Bundeswehr, Nein zum vorliegenden Vorschlag.

- Bei Sicherheit und Verteidigung sind wir gesprächsbereit. Denn Deutschland und Europa stehen vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und müssen unabhängiger werden. Deshalb sind deutlich höhere Ausgaben für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr grundsätzlich richtig. Sie muss einsatzbereit sein und zugleich eine so abschreckende Wirkung entfalten, nicht kämpfen zu müssen.
- Der Vorschlag der Merz-GroKo aber ist dafür nicht geeignet. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands würde damit nicht automatisch gestärkt. Im Kernhaushalt würde sogar weniger ausgegeben, stattdessen mehr über Schulden. Das ist Etikettenschwindel!

Wir wollen die Bundeswehr nachhaltig und verlässlich stärken.

- Wir wollen gezielt in die Sicherheit unseres Landes investieren, ohne die Schleusen für eine ungebremste Verschuldung zu öffnen.
- Wenn es Union und SPD wirklich um die Bundeswehr geht, machen wir ihnen ein Angebot: Wir wollen die Bundeswehr nachhaltig und verlässlich stärken. Dazu müssen wir die Verteidigungsausgaben aber im Kernhaushalt auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dann wären wir auch bereit, das bestehende Sondervermögen für die Bundeswehr zu einem Verteidigungsfonds in Höhe von 300 Milliarden weiterzuentwickeln.
- Damit würde Deutschland sehr konkret auf die veränderte Weltlage reagieren, ohne seine finanzpolitische Stabilität über Bord zu werfen und durch Verschuldung dem Reformdruck auszuweichen. Gleichzeitig wäre sichergestellt, dass wir die bisherige NATO-Quote von 2 % des BIP übertreffen, also eine echte Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit erreichen.
- Mit unserem eigenen Gesetzentwurf liefern wir einen pragmatischen Beitrag zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit und Sicherung nachhaltiger Finanzen gleichermaßen.

Wir halten an der Schuldenbremse fest.

- Denn sie sorgt für **Generationengerechtigkeit**. Auf der einen Seite erlaubt sie eine maßvolle Verschuldung für die notwendigen Investitionen in die Zukunft, auf der anderen Seite verhindert sie eine Überlastung nachfolgender Generationen und zwingt die Politik zur **Prioritätensetzung**.
- **Langfristig stabile Staatsfinanzen** sind das Fundament für eine **nachhaltige und verlässliche** Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Und langfristig tragfähige Finanzen sind wiederum nur dann gewährleistet, wenn die Staatsverschuldung dauerhaft langsamer wächst als das Bruttoinlandsprodukt. Genau das ist Kern der Schuldenbremse.